



Österreich: »More of the same«?

Eine Analyse im Vorfeld der österreichischen
Parlamentswahlen vom 29. September

ANTON PELINKA
September 2013

- Die Nationalratswahl vom 29. September wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Fortsetzung der Koalition aus SPÖ und ÖVP bringen – dennoch dürften beide Parteien nach der Wahl als Verlierer dastehen, die sich nur aus Mangel an Alternativen erneut durchsetzen konnten.
- Die Sozialdemokratie hat gute Chancen, trotz wahrscheinlicher Stimmverluste wiederum die relative Mehrheit zu erreichen. Es wird jedoch schwer fallen, dies als historischen Sieg zu sehen: Ein »weiter so« darf es für die SPÖ nach der Wahl nicht geben, andernfalls ist mit signifikanten Verlusten bei der nächsten Wahl zu rechnen.
- Nutznießer des zwar noch undramatischen, aber doch kontinuierlichen Abstiegs der beiden großen Parteien der Mitte sind aller Voraussicht nach das neue Team Stronach (TS), welches der rechtspopulistischen FPÖ etliche Stimmen streitig machen könnte, und die Grünen.



Inhalt

Einleitung	3
Glanz und Abstieg der Großparteien	4
Krise der Sozialdemokratie?	6
Literatur	8

Einleitung

Österreich wählt am 29. September einen neuen Nationalrat. Vom Ergebnis dieser Wahl hängt die Bildung einer neuen Bundesregierung ab. Zwar hat bei der Regierungsbildung der österreichische Bundespräsident eine nicht unerhebliche Befugnis, doch gegen den Willen einer parlamentarischen Mehrheit, die sich zum Regieren entschlossen hat, kann das Staatsoberhaupt keine Regierung bestellen – denn diese würde sofort durch ein Misstrauensvotum des Nationalrates gestürzt werden.

Es ist also die Mandatsverteilung im neu gewählten Nationalrat, die das entscheidende Rahmendatum der Regierungsbildung darstellt. Und da – auch als Folge des herrschenden Wahlsystems, einer Verhältniswahl mit einer 4-Prozent-Klausel – eine parlamentarische Mehrheit nur in Form einer Koalitionsabsprache vorstellbar ist, wird am Abend des 29. September die entscheidende Frage sein, welche Parteien gemeinsam eine Mehrheit bilden wollen und vor allem auch können.

Den sich im Wahlkampf abzeichnenden Trends zufolge ist die einzige mögliche Mehrheit, die aus nur zwei Parteien besteht, die zwischen der sozialdemokratischen SPÖ und der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Und auch eine solche – rechnerische – Mandatsmehrheit ist nicht sicher, verlieren die beiden Parteien doch seit mehr als drei Jahrzehnten schrittweise Stimmen und Mandate. Ein mögliches, wenn auch nicht wahrscheinliches Ergebnis könnte sein, dass SPÖ und ÖVP erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik – also seit 1945 – gemeinsam keine Mehrheit im Nationalrat bilden können.

Die Folge wäre der Zwang, durch die Bildung einer Dreier-Koalition oder einer Minderheitsregierung Neuland betreten zu müssen. Für die erste dieser Alternativen gibt es seit 1945 auf Bundesebene keine Erfahrungswerte; für die zweite Alternative bietet die Minderheitsregierung, die 1970 die SPÖ bildete und die 1971 (nach vorgezogenen Neuwahlen) durch eine SPÖ-Mehrheitsregierung abgelöst wurde, immerhin einige Hinweise. Doch für eine solche Minderheitsregierung wäre nicht nur die Zustimmung des Bundespräsidenten erforderlich, sondern auch eine Duldungsabsprache mit mindestens einer Oppositionspartei, um der Regierung eine indirekte Mehrheit zu sichern und so ein Mindestmaß an Stabilität zu ermöglichen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden fünf Parteien die Vier-Prozent-Hürde überspringen und damit bei der Regierungsbildung zumindest indirekt zu berücksichtigen sein: SPÖ, ÖVP, FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), Grüne und (als neue Partei) das Team Stronach (TS). Ob das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) wieder einzieht, ist zumindest fraglich: Eine Reihe von Abgeordneten dieser von Jörg Haider 2005 als Abspaltung von der FPÖ gegründeten Partei haben die Fraktion in Richtung FPÖ oder TS verlassen und damit den Eindruck verstärkt, dass das BZÖ ein sinkendes Schiff sei; ein Eindruck, der sich auch durch die permanente Erfolglosigkeit der Partei bei Landtags- und Gemeinderatswahlen bestätigt hat.

SPÖ und ÖVP repräsentieren die beiden traditionellen »Lager«, die den politischen Kurs Österreichs nach 1945 weitgehend gemeinsam bestimmt haben. Zwischen 1945 und 1966, 1983 und 2000 und dann wieder seit 2007 regierten und regieren sie gemeinsam. Von 1966 bis 1983 regiert jeweils eine der beiden allein: Von 1966 bis 1970 die ÖVP, danach – in der »Ära Kreisky« – bis 1983 die SPÖ. Andere Koalitionsformen gab es nur zwischen 1983 und 1986 (bzw. 1987) in Form einer Koalition zwischen SPÖ und FPÖ sowie 2000 bis 2006 (bzw. 2007) als ÖVP-FPÖ-Regierung.

Eine Koalition von SPÖ oder ÖVP mit der FPÖ ist für die Regierungsbildung 2013 wenig wahrscheinlich: Zunächst ist es wohl auszuschließen, dass die FPÖ, deren potentielles Wachstum durch das Auftreten des TS wesentlich gebremst wird, genügend Mandate erringt, um mit einer der beiden derzeit regierenden Parteien eine Mehrheit bilden zu können. Seit 1986, als Franz Vranitzky die unbedingte Abgrenzung zur FPÖ zu einer strategischen Grundregel der Sozialdemokratie gemacht hat, kommt auch eine – rechnerisch vorstellbare – Koalition der SPÖ mit der FPÖ mit Zuziehung einer weiteren Partei nicht in Frage: Die Identität der Sozialdemokratie heute basiert auf einer strikten Gegnerschaft zur rechtspopulistischen, EU-feindlichen und xenophoben FPÖ.

Die ÖVP hingegen hat eine Koalition mit der FPÖ nie ausdrücklich ausgeschlossen. Allerdings wird der Mandatsstand mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Parlamentsmehrheit aus ÖVP und FPÖ erlauben. Da die Grünen eine Regierungsbündnis mit den Freiheitlichen ebenso prinzipiell ablehnen wie die Sozialdemokratie, bliebe als Mehrheitsbeschaffer für eine solche Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen nur noch das TS.



Da diese Partei die Freiheitlichen mit einem Anti-EU-Kurs zu übertrumpfen versucht, ist es nur schwer vorstellbar, dass die ÖVP – die Partei, die durch ihre historische Verantwortung für die Hinwendung Österreichs zur EU auf die Etikette »Europapartei« immer stolz war – sich auf ein Regierungsbündnis mit zwei Anti-EU-Parteien einlässt. Ganz auszuschließen ist dies allerdings nicht.

SPÖ und ÖVP könnten für den Fall, dass sie zusammen keine Mandatsmehrheit erreichen, an die Erweiterung ihres Regierungsbündnisses durch einen Dritten denken. Die FPÖ käme hier sicherlich nicht in Frage – zu tief ist der Graben insbesondere zwischen den Sozialdemokraten und den Freiheitlichen. Ein wahrscheinlicherer Kandidat wäre die vom austro-kanadischen Milliardär Frank Stronach gegründete Partei: Die ist zwar anti-europäisch wie die FPÖ, sie ist aber frei von den immer wieder feststellbaren Verbindungen der FPÖ zu rechts-extremen Gruppierungen. Auch die Fremdenfeindlichkeit – ein wesentliches Merkmal der FPÖ – ist beim TS nicht festzustellen, schließlich versucht die Partei, mit der Erfolgsgeschichte des nach Kanada ausgewanderten Österreichers zu punkten.

Als möglicher Dritter im Bunde bleiben die Grünen. Diese haben auf Länderebene bereits Regierungserfahrungen sowohl mit der SPÖ als auch mit der ÖVP. Die Europapolitik der Grünen wäre eine stabile Grundlage für ein Regierungsbündnis der drei Parteien, die seit langem im Nationalrat für einen relativ breiten Pro-EU-Konsens sorgen. Für die Grünen würde eine solche Konstellation eine schwierige Herausforderung bedeuten, da sie sich damit abfinden müssten, dem Bündnis der Verlierer – SPÖ und ÖVP – als Mehrheitsbeschaffer zu dienen.

Doch das wahrscheinlichste Ergebnis ist ohnehin eine Wiederholung des Ergebnisses von 2008: SPÖ und ÖVP erreichen gemeinsam, wenn auch vermutlich geschwächt, eine Mehrheit und bilden mangels realistischer Alternativen wieder eine Koalition ohne einen Dritten. Anders als 1945, als die Koalition durch das gemeinsame Ziel der Sicherung des internationalen Status Österreichs bestimmt war, und anders als nach 1987, als die Hinwendung zur EU und eine auf einen EU-Beitritt hinauslaufende Politik ein einigendes Band bildete, fehlt allerdings seit einiger Zeit ein zentrales Ziel, das aus einer solchen Fortsetzung des Regierungsbündnisses mehr machen würde als eine logische Antwort auf das Fehlen von Alternativen.

Glanz und Abstieg der Großparteien

Den Hintergrund der Szenarien für den 29. September bildet der seit Jahrzehnten anhaltende Trend des Schrumpfens von SPÖ und ÖVP. Diese Parteien hatten Jahrzehnte hindurch eine in Europa einmalige Dominanz. Bei der Nationalratswahl 1979 entfielen bei einer Wahlbeteiligung von 92 Prozent insgesamt 93 Prozent der Stimmen entweder auf die SPÖ oder auf die ÖVP. Gleichzeitig war etwa ein Drittel der Wahlberechtigten durch eine offizielle Mitgliedschaft der einen oder der anderen der beiden Großparteien organisatorisch verbunden. Österreich war mehr Parteienstaat als jede andere europäische Demokratie.

Tabelle 1: Wahlergebnisse Nationalratswahl 1979–2008 (Prozentangaben)

	1979		2008
Wahlbeteiligung	92,2	Wahlbeteiligung	78,8
SPÖ	51,0	SPÖ	29,3
ÖVP	41,9	ÖVP	26,0
FPÖ	6,1	FPÖ	17,5
Andere	1,0	BZÖ	10,7
		Grüne	10,4
		Andere	5,1

Bei der Nationalratswahl 2008 betrug die Wahlbeteiligung knapp 79 Prozent, und auf SPÖ und ÖVP entfielen – in Summe – 55 Prozent der Stimmen. Berücksichtigt man die Zahl der Nicht-Wähler, dann betrug der Anteil der Wahlberechtigten, die SPÖ oder ÖVP gewählt hatten, deutlich weniger als 50 Prozent. Gleichzeitig betrug die Zahl der Mitglieder von SPÖ oder ÖVP nur mehr etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten. Der ungewöhnlich dichte österreichische Parteienstaat hatte sich in Richtung europäische Durchschnittswerte entwickelt.

Alle Prognosen gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung auch am 29. September fortsetzen wird: Der Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP wird wohl weiter zurückgehen, auch wenn die Verteilung der Verluste zwischen den beiden Parteien offen ist: Die Gewichtung von Stimmen und Mandaten zwischen SPÖ und ÖVP ist die zweitwichtigste Frage, die am Wahltag entschieden wird. Die wichtigste ist wohl, wer die Nutznießer des zwar nicht dramatischen, sehr wohl aber kontinuierlichen Rückgangs der Stärke der beiden Parteien ist.

In den letzten drei Jahrzehnten waren es vor allem die FPÖ (einschließlich des BZÖ als Abspaltung von den Freiheitlichen) und die Grünen, die vom Abstieg der Großparteien profitieren konnten. Da FPÖ und Grüne allgemein als unterschiedliche Pole des politischen Spektrums wahrgenommen werden und sich auch selbst so sehen, ist dieser Prozess der Zersplitterung des Parteiensystems auch als Prozess der Polarisierung zu sehen. Die Mitte in Form der traditionellen Mittellinks-Partei SPÖ und der traditionellen Mitte-Rechts-Partei ÖVP verliert. Die FPÖ, die in ihren Anfängen nach 1955 vor allem von ehemaligen Nationalsozialisten gewählt wurde und diesen Geruch der NSDAP-Nachfolge nie ganz los werden konnte, phasenweise auch nicht wollte, profitierte von einer rechtspopulistischen Profilierung jenseits eines historischen Revisionismus. Und der Aufstieg der Grünen – weitgehend im Einklang mit einem in den 1980er Jahren einsetzenden Trend in Westeuropa – repräsentierte den »postmaterialistischen« Zugang einer neuen Generation.

Die Antwort auf die Frage nach den Nutznießern des auch für den 29. September erwarteten weiteren Schwächelns von SPÖ und ÖVP ist freilich inzwischen komplizierter geworden: Das Auftauchen des TS bremst vor allem die FPÖ, die sich nach dem sich abzeichnenden Zerfall des BZÖ sogar Chancen auf die erste Position, auf eine relative Stimmen- und Mandatsmehrheit gemacht hatte: Hätte doch die simple Addition von FPÖ und BZÖ 2008 eine Partei ergeben, die stärker als die ÖVP und fast gleichauf mit der SPÖ gewesen wäre.

Diese hochgesteckten Ziele musste die FPÖ revidieren. Das wahrscheinliche Ende des BZÖ nützt dem Team Stronach mindestens so wie der FPÖ. Die FPÖ wird sich – da sind sich jedenfalls Ende August die Prognosen einig – mit dem dritten Platz begnügen müssen; und manche optimistischen Stimmen unter den Grünen hoffen sogar, dass ihre Partei den Freiheitlichen diese Position sogar streitig machen könnte.

Doch die große Unbekannte ist das Team Stronach. Bei den Landtagswahlen in Kärnten, Niederösterreich, Tirol und Salzburg konnte sich die Partei als Mittelpartei bestätigen. Der große Durchbruch allerdings, auf den offenbar insbesondere Frank Stronach gehofft hatte, trat nicht ein. Wenn das TS am 29. September gemäß seriösen Schätzungen einen Stimmen- und Mandatsanteil von 5 bis 10 Prozent erreichen würde, hätte dies zwei wichtige Effekte: Ein solches Ergebnis würde die Endlichkeit des

FPÖ-Höhenfluges zeigen und indirekt wie auch strategisch sowohl der SPÖ als auch der ÖVP zugutekommen. Denn unter der Voraussetzung, dass die beiden Parteien zusammen wieder eine stabile Mandatsmehrheit erreichen, gibt es keine wirklich realistischen Alternativen zur Fortsetzung der SPÖ-ÖVP-Koalition.

Das wäre freilich ein ambivalentes Resultat – die Fortsetzung einer Regierungsform, die zwar nicht dramatisch, sehr wohl aber wiederholt und erkennbar an Zustimmung verloren hat. Die Fortsetzung der Koalition böte wohl auch den Rahmen für das Fortschreiten des Erosionsprozesses von SPÖ und ÖVP.

Das Ungewöhnliche dieses Prozesses ist nicht der abnehmende Konzentrations- und Organisationsgrad des österreichischen Parteiensystems. Das Ungewöhnliche ist dessen historische Dimension. Dass sich die österreichischen Parteien redimensionierten, entspricht einer Europäisierung oder auch einer Entaustriifizierung, wenn darunter der Rückgang österreichischer Besonderheiten verstanden wird.

Diese österreichischen Besonderheiten bestanden vor allem in der historisch erklärbaren Hegemonie der beiden Großparteien zu Beginn der Zweiten Republik. Diese Zweite Republik war im Grunde eine Gründung dieser beiden Parteien: Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 wurde von Personen unterzeichnet, die sich ausdrücklich als Repräsentanten der SPÖ oder der ÖVP auswiesen – oder auch der Kommunistischen Partei, die allerdings bald in quantitative Bedeutungslosigkeit absank. SPÖ und ÖVP bauten auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs und der NS-Herrschaft in (und über) Österreich eine politische, wirtschaftliche, soziale Ordnung auf.

Diese 1945 einsetzende neue Ordnung, die sich der Verfassung von 1920 – also die der Ersten Republik – bediente, trug von Anfang an die Handschrift der beiden Parteien. Dazu zählte auch, dass sich in dieser Zeit der sogenannte »Proporz« entwickelte: Für die Übernahme der bis 1945 im »deutschen Eigentum« stehenden Banken und Industrieunternehmen durch den Staat gab es zunächst keine Alternative. Diese Übernahmen beförderten ein System der Machtteilung zwischen SPÖ und ÖVP in der Wirtschaftsstruktur und damit die Tendenz zur Aufteilung des Wirtschaftssektors in »schwarze« (von der ÖVP dominierte) und »rote« (von der SPÖ dominierte).

nierte) Sektoren. Ähnliche Tendenzen gab es auch im Bereich des Schulwesens.

Dieser Proporz hatte auch die Funktion, zwischen den beiden Großparteien – die ja als sozialistisches bzw. katholisch-konservatives Lager eine lange Vorgeschichte hatten – Vertrauen zu bilden. Immerhin hatten diese beiden Lager im Februar 1934 gegeneinander einen zwar kurzen, aber blutigen Bürgerkrieg geführt, als die katholisch-konservative Regierung unter Engelbert Dollfuß die demokratische Republik zugunsten eines halbfaschistischen autoritären Systems (»Ständestaat«) beseitigte und die Sozialdemokratie sich dagegen zur Wehr setzte.

Die Erfahrungen mit der NS-Herrschaft und dem Zweiten Weltkrieg machten es möglich, trotz dieses tiefen historischen Konfliktes 1945 einen gemeinsamen Neustart zu versuchen. Und dieser gelang ja auch, wie die demokratische Stabilität der Republik Österreich demonstriert. Allerdings wurde im Laufe der Zeit und des Wechsels der Generationen die ursprüngliche Friedensfunktion des sich vor allem in Koalitionsregierungen manifestierenden Proporz überflüssig gemacht. Der Erfolg der Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP ließ die Fortsetzung von Koalition und Proporz immer weniger notwendig oder auch nur positiv erscheinen. Die Fortsetzung der SPÖ-ÖVP-Koalition war (und ist) nicht mehr Ausdruck von Gemeinsamkeiten zwischen den Partnern, sondern die Folge des Mangels an attraktiven Alternativen.

Parallel mit dieser Entwicklung verlor auch die Sozialpartnerschaft an Bedeutung. Das spezifisch österreichische Züge tragende Netzwerk von Beziehungen zwischen SPÖ-dominierten Arbeitnehmerverbänden (Österreichischer Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer) und ÖVP-verbundenen Verbänden (Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammern) wird verstärkt durch die Folgen vor allem der Globalisierung und Europäisierung herausgefordert.

Krise der Sozialdemokratie?

Die österreichische Sozialdemokratie war in ihrer nunmehr 124-jährigen Geschichte immer eine der erfolgreichsten Parteien innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI). Sie war nach 1918 die Partei, die konsequent an einer marxistischen Programmatik festhielt – und sich dennoch vom sowjetischen Weg klar abgrenzte. Das

»Rote Wien« galt zwischen 1919 und 1934 als Laboratorium einer vor allem Bildung, Gesundheit und Wohnen in den Mittelpunkt rückenden Politik. Der Widerstand gegen die Errichtung der ständestaatlichen Diktatur 1934 begründete den Mythos der »Arbeiter von Wien«.

Nach 1945 war es vor allem die Regierungsmacht, welche die SPÖ aufgrund ihrer Wahlerfolge auszuüben vermochte: Zuerst für 21 Jahre in einer Koalition und dann von 1970 bis 1983 als alleinregierende Partei. Die SPÖ, die bei Wahlen drei Mal (1971, 1975, 1979) eine absolute Stimmenmehrheit zu gewinnen vermochte, ist als die erfolgreichste Partei des demokratischen Europa anzusehen.

Diese Erfolgsbilanz ist nun Geschichte. Dass die SPÖ auch nach dem Ende der »Ära Kreisky« mit einer Ausnahme (2002) die stärkste Partei in Österreich blieb, lag vor allem daran, dass die Konkurrenz nicht ausreichend erfolgreich war.

Der relative Abstieg der SPÖ hat vor allem Ursachen, die sozialdemokratischen Parteien in ganz Europa Erfolg schwer machen: Das Rezept einer Klassenpartei (Arbeiterpartei) ist längst überholt, weil die Arbeiterschaft im engeren Sinne (das Proletariat, definiert als »*blue collar workers*«) seit Jahrzehnten abnimmt. Die insgesamt mehr denn je quantitativ dominante Gruppe der »unselbständig Erwerbstätigen« ist in ihrer Heterogenität viel zu uneinheitlich, als dass sie als Kerngruppe einer Partei angesprochen werden könnte.

Das Wahlverhalten wird auch weniger von klassenspezifischen Faktoren bestimmt: Die für die Parteipräferenz erkennbar wichtigen Bestimmungsfaktoren sind vor allem Generation und Bildung, aber auch Geschlecht. Arbeiter im engeren Sinn wählen seit mehr als zwei Jahrzehnten in mindestens demselben Ausmaß FPÖ wie SPÖ; ein Trend, der sich auch in anderen europäischen Demokratien abzeichnet: Die soziale und ökonomische Verunsicherung stärkt in der Arbeiterschaft die Anziehungskraft eines rechten Populismus, der vor allem auf Fremdenfeindlichkeit setzt und Themen wie Gegnerschaft zur europäischen Integration und Ablehnung von Zuwanderung setzt.

Tabelle 2: Konfliktlinien des österreichischen Wählerverhaltens und Parteiensystems

Generation:

- Überhang der Älteren bei SPÖ und ÖVP
- Überhang der Jüngeren bei FPÖ (eingeschränkt) und Grünen (besonders deutlich)

Bildung:

- Überhang der Menschen mit höherer Bildung bei ÖVP und Grünen
- Überhang der Menschen ohne höhere Bildung bei SPÖ und ÖVP

Geschlecht:

- Überhang der Frauen bei den Grünen
- Überhang der Männer bei der FPÖ
- (bei SPÖ und ÖVP eine Verteilung zwischen Frauen und Männern, die annähernd der in der Gesamtwählerschaft entspricht)

Klasse (Beruf):

- Überhang von Bauern und Selbständigen bei ÖVP
- Überhang von Arbeitern (»blue collar«) bei FPÖ

Diese Entwicklung ist eine besondere Herausforderung für die SPÖ. Eine »Arbeiterklasse« im Sinne der traditionellen Analysen etwa des Austromarxismus gibt es im Bewusstsein der Gesellschaft nicht mehr. Unselbständig Erwerbstätige sind immer stärker ausdifferenziert – zwischen Angestellten und Arbeitern, zwischen Beschäftigten in »geschützten« Sektoren (vor allem im öffentlichen Dienst) und solchen in anderen Bereichen. Die bestimmenden gesellschaftlichen Trends der Gegenwart – Feminismus und Bildung – hat die SPÖ zwar rechtzeitig wahrgenommen (etwa in Form einer auf Gender-Gleichheit abgestellten Lohnpolitik oder einer Förderung der Bildungschancen sozial schwacher Schichten). Doch die SPÖ ist hier paradoxerweise durch ihre Größe behindert: Als de facto Volkspartei hat sie in der Vergangenheit (vor allem in der »Ära Kreisky«) erfolgreich versucht, eine maximale Koalition auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler herzustellen. Mit ihrem Integrationserfolg, der sie in den 1970er Jahren zur erfolgreichsten Partei im demokratischen Europa gemacht hat, hat sich die Sozialdemokratie aber auch Widersprüche eingehandelt, die sie seit den Jahren der großen Wahltriumphe auch behindern. So stößt die Übernahme der Forderungen der »Neuen Frauenbewegung« nicht nur auf Ressentiments, sondern

auch auf nachvollziehbare Interessen der Männer gerade in den sozial schwachen Schichten. Die Förderung der höheren Bildung wiederum stößt sich am sozialen Harmoniebedürfnis der traditionellen sozialdemokratischen Klientel: Höhere Bildung wird ja nicht nur aus schlechten Gründen als psychologischer Auszug aus der »Arbeiterklasse« gesehen. Und mit einer auch aus der internationalen Tradition begründbaren Pro-EU-Politik reibt sich die SPÖ an den Verlustängsten von eher schlecht ausgebildeten, eher ärmeren Bevölkerungsgruppen, die in der Öffnung der Grenzen vor allem die Gefährdung einer relativen sozialen Sicherheit sehen.

Im Wahlkampf 2013 versucht die SPÖ, vor allem auf die traditionellen Positionen zu setzen – Sicherung der Arbeitsplätze, Sicherung der Positionen. Das ist eine verständliche Strategie, wenn es vor allem um die Mobilisierung der Stammwähler geht, die versucht sein könnten, am Wahltag zu Hause zu bleiben. Doch eine Positionierung für die Zukunft findet so nicht statt, etwa bezüglich der Frage, inwieweit eine nationale Politik die eine sozialdemokratische Handschrift tragenden Errungenschaften des Sozial- und Wohlfahrtsstaates überhaupt zu sichern vermag. Die SPÖ hat sich zwar gerade auch unter dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Werner Faymann als Europa-Partei profiliert. Aber eine europapolitische Strategie, welche über allgemeine Forderungen wie jene nach einem »sozialen Europa« hinausgeht, ist nicht erkennbar.

Es ist auch nicht zu erwarten, dass eine solche Strategie in Zeiten des Wahlkampfes mit der notwendigen Offenheit diskutiert wird. Zu sehr ist zu befürchten, dass die damit verbundenen Aspekte europäischer Solidarität von den antieuropäischen Parteien wie FPÖ und TS zu billiger Polemik genutzt werden. Notwendig – jedenfalls nach einer mehr oder weniger erfolgreich geschlagenen Wahl – wäre eine solche Nachdenklichkeit aber. Denn das strategische Dilemma der SPÖ ist das jeden politischen Januskopfes: Gegenüber den Modernisierungsverlierern gibt sich die SPÖ als Schutzwall gegen die Folgen der durch Globalisierung und Europäisierung bestimmten, grundsätzlich nur eingeschränkt steuerbaren Veränderungen – und gleichzeitig gegenüber den Modernisierungsgewinnern als Speerspitze des durch Feminismus, Bildungsexplosion und wachsende Internationalität charakterisierten Fortschrittes.



Die SPÖ ist in Gefahr, in diesem strategischen Dilemma strukturkonservativ zu versteinern: den einen zu wenig glaubhaft als Garant der sozialen Sicherheit, den anderen nicht offensiv genug. Erstere sind vor allem diejenigen, die im Vorfeld des 29. September von SPÖ und FPÖ umworben werden. Die Zweiten sind diejenigen Wählerinnen und Wähler, die zwischen SPÖ und den Grünen stehen. Diese Gefahr der strukturkonservativen Versteinern kommt insbesondere auch in der Altersstruktur der Partei zum Ausdruck: Die SPÖ wird weit überproportional von Älteren gewählt und ist in Gefahr, den Zugang zu den Jüngeren zu verlieren.

Vieles spricht dafür, dass die bevorstehende Nationalratswahl mit einem Ergebnis endet, das die österreichische Sozialdemokratie als relativen Erfolg verbuchen wird: Die erfolgreiche Verteidigung der Position der stärksten Partei trotz weiterer (nicht dramatischer Verluste) an Stimmen sowie, damit verbunden, die Sicherung der Rolle der ersten Regierungspartei, die auch den Kanzler stellt.

Doch eine solche Bilanz kann gefährlich werden – wenn sie einfach als Bestätigung des Weges interpretiert wird, den die SPÖ eingeschlagen hat. Die strategischen Konsequenzen aus der schleichenden Krise der Sozialdemokratie sollten jedenfalls nach der Wahl nicht länger hinausgeschoben werden.

Literatur

Anton Pelinka (2009): *Das politische System Österreichs*. In: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. 4., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2009, 607–642.



Über den Autor

Anton Pelinka ist Professor of Nationalism Studies and Political Science an der Central European University, Budapest.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Anna Maria Kellner, Anna.Kellner@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-660-4